

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
in der Region Hannover

**Koalitionsvereinbarung und
Arbeitsprogramm
für die Wahlperiode 2006 bis 2011**

Präambel

SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen die erfolgreiche Zusammenarbeit in der Region Hannover auch in der Wahlperiode 2006 - 2011 fortsetzen. Wir wollen auf Basis der folgenden thematischen Schwerpunkte die Region weiterentwickeln:

Finanzen und Beteiligungen: Regionshaushalt weiter konsolidieren

- Der Regionshaushalt ist ein Leistungshaushalt. Es bleibt dabei: Solide Finanzen heißt weiter konsolidieren und trotzdem Politik gestalten.
- Aufgaben der Daseinsvorsorge wie die Regionskrankenhäuser, der ÖPNV oder die Abfallwirtschaft bleiben in öffentlicher Trägerschaft. Ihre Steuerung dient den öffentlichen Interessen.
- Konzentration der vorhandenen Ressourcen auf die notwendigen Aufgaben: Die begonnene Haushaltskonsolidierung wird konsequent weitergeführt, indem auch die eigenen Anstrengungen zur Defizitreduzierung verstärkt werden.
- Die Zukunft der Region sichernde Investitionen müssen trotz knapper Haushaltskassen getätigt werden.
- Planungssicherheit und Verlässlichkeit für Haushalte und Finanzbeziehungen für Region, Städte und Gemeinden schaffen. Faire Regionsumlage muss Sozialausgaben berücksichtigen.

Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik:

Attraktivität des Standorts sichern und weiterentwickeln

- Konsequente Nutzung und gezielte Einwerbung von Fördermitteln – insbesondere der EU.
- Weiterführung von hannoverimpuls durch Vernetzung und Bündelung der Aktivitäten.
- Zusammenführung von Marketing-, Tourismus- und Standortförderung in einer Gesellschaft in der die Interessen aller 21 Kommunen berücksichtigt werden.
- Intensivierung der Existenzgründungsaktivitäten, Weiterentwicklung der Lotsenfunktion des Unternehmerbüros.
- Weiterentwicklung des Gewerbeflächenkonzeptes zur Profilierung und Vermarktung bedeutsamer Gewerbeflächen.
- Ausbau der Wirtschaftszweige Umwelttechnologie und „Silver Economy“.
- Die Region muss die professionelle Vermarktung der Wirtschafts- und Wissensregion Hannover vorantreiben. Nutzung des geografischen Vorteils zur Stärkung der Wirtschaftsregion.
- Steigerung der Attraktivität des Zoos durch die Alaskalandschaft „Yukon Bay“ und Unterstützung von Initiativen zur Weiterentwicklung des Zoos.
- Der Wettbewerb mit anderen Ballungsräumen im vereinten Europa erfordert strategische Partnerschaften. Deshalb setzen sich SPD und Grüne aktiv für das Projekt „Metropolregion Hannover/Braunschweig/Göttingen“ ein.

Kinder in den Mittelpunkt: Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

- Zur Förderung von Kindern und Familien setzt die Region auf verstärkte Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Trägern.
- Schaffung neuer Betreuungsmöglichkeiten und der Ganztagsbetreuung von der Krippe bis zum Hort.
- Möglichkeiten betrieblicher oder betriebsnaher Betreuung ausbauen.
- Einrichtung von 1.500 neuen Tagespflegeplätzen. Darüber hinaus wollen wir die wechselseitige Kinderbetreuung über Gemeindegrenzen hinweg ermöglichen.
- Bis zum Jahr 2010 soll jeder und jede den Betreuungsplatz erhalten, den sie benötigen.
- Betreuungsplätze für Kinder von Arbeitslosen bei der Aufnahme einer Arbeit oder einer Qualifizierungsmaßnahme.

Ausbildung fördern, Arbeitslosigkeit bekämpfen, Armut vorbeugen

- Vorrang aller Förderaktivitäten haben die Sicherung und Schaffung von Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnissen im 1. Arbeitsmarkt. Gezielt und durch verstärkte Zusammenarbeit aller Akteure werden zusätzliche Arbeit und Ausbildung unterstützt.
- Förderung durch Lohnkostenzuschüsse bei der Vermittlung von Arbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt.
- Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose statt Sozialgeld. Eigenständige Ausbildung durch die Berufsschulen statt Warteschleifen in einjährigen Berufsfachschulen.
- Sonderprogramme für Alleinerziehende für den Wiedereinstieg in den Beruf.
- Innerhalb einer Woche ist jedem Antragssteller von Arbeitslosengeld II ein qualifiziertes Beratungsgespräch zu ermöglichen.
- Einführung eines kostengünstigen Sozialtickets für Einkommensschwache, insbesondere Familien mit Kindern, für den öffentlichen Nahverkehr innerhalb dieser Wahlperiode.
- Etablierung eines zweiten Arbeitsmarktes mit langfristigen Beschäftigungsmöglichkeiten auf freiwilliger Basis.
- Eigenständige Rechtsform für die Jobcenter der Region Hannover.
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Allgemeinbildenden Schulen und den Berufsbildenden Schulen.

Klimaschutz schafft Arbeitsplätze, spart Kosten, schützt die Umwelt

- Klimaschutz ist Zukunftsaufgabe. Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, muss der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch vermindert werden.
- Ausbau der führenden Position der Region beim Klimaschutz.
- Klimaschutz ist das Zukunftsprogramm für die mittelständische Wirtschaft. Klimaschutz nützt nicht nur der Umwelt, sondern schafft Arbeitsplätze und senkt die Energiekosten für Verbraucher/innen und Betriebe.
Deutliche Erhöhung der regionalen Fördermittel für den Klimaschutz an, z.B. für die energetische Sanierung bestehender Gebäude.
- Verstärkte Realisierung von Klimaschutz- und Energetischen Sanierungsprojekten im Rahmen von EU-Förderprogrammen (z.B. EFRE-Mittel).

Eine regionale Gesundheitsversorgung für alle

- Fortsetzung des wirtschaftlichen Konsolidierungskurses der Regionskliniken, um auch langfristig die öffentliche Trägerschaft zu erhalten.
- Erhalt der Krankenhausstandorte im Umland: Sicherstellung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung in Gesundheitszentren. Verzahnung stationärer und ambulanter Angebote.
- Bau eines neuen modernen Krankenhauses am Standort Siloah.

Verwaltungsreform: Bürgerorientierung und Effektivität ausbauen

SPD und Grüne fühlen sich dem Leitbild eines bürgernahen kommunalen Dienstleisters verpflichtet. Dazu werden wir die Verwaltung der Region weiter reformieren: Die Einführung von Zielvereinbarungen, mehr Verantwortlichkeit, schlanke Hierarchien und teamorientiertes Arbeiten stehen auf der Tagesordnung. Wir wollen die Ressourcen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterentwickeln und verstärkt nutzen. Dazu ist die Schaffung eines Klimas des Vertrauens, der Stetigkeit und Verlässlichkeit innerhalb der Verwaltung notwendig.

Familienfreundliche Region – Kinderregion Hannover schaffen

Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, ist die Region in der Planungsverantwortung.

SPD und Grünen wollen dabei nicht von dem Prinzip der diesbezüglichen kommunalen Verantwortung abrücken.

Die Region hat jedoch eine moderierende Rolle. Im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden soll dafür gesorgt werden, dass in der gesamten Region gleiche gute Bedingungen für Eltern und Kinder herrschen.

Es gilt, kommunale Grenzen zu überwinden, die wohnortunabhängige Betreuung soll erreicht werden.

Insbesondere Alleinerziehenden und in den Beruf Rückkehrenden muss der Wiedereinstieg erleichtert werden. Hier ist die Region im Rahmen des SGB II in der Pflicht, für bessere Betreuung zu sorgen.

SPD und Grüne streben die Beitragsfreiheit für Kinderbetreuungsplätze an. Dabei sind Land und Bund in der Pflicht, diese zu finanzieren.

Einzelmaßnahmen:

- Versuch einer Vereinbarung mit den 21 Städten und Gemeinden über einheitliche Kitabeiträge
- Abschluss einer Vereinbarung mit den 21 Städten- und Gemeinden über eine wohnortunabhängige Betreuung, z.B. bei betriebsnaher Betreuung oder besonderem pädagogischen Angebot
- Umsetzung des Tagesbetreuungsgesetzes (TAG)
- Unterstützung und Weiterentwicklung des regionalen Bündnisses für Familie und Beruf
- Vergleichbarkeit zwischen Kommunen durch Weiterentwicklung der Kitabedarfsplanung fördern
- Förderung von Familienzentren

Jugendhilfe: Vor Ort fördern, qualifizieren, Prävention ausbauen

SPD und Grüne wollen, dass alle Städte und Gemeinden, die ein eigenes Jugendamt vor Ort übernehmen können, dies auch tun. Es muss erreicht werden, dass Kommunen, die kein Jugendamt vorhalten, finanziell nicht besser dastehen als solche, die sich ihrer Verantwortung stellen. Ein Jugendamt vor Ort bedeutet kurze Wege für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist uns ein ortsnaher Ansprechpartner für Jugendhilfe-Angelegenheiten wichtig. So ist auch eine Vernetzung und Kooperation mit der Jugendpflege, Schulen, Kindertagesstätten etc. besser möglich. Darüber hinaus möchten SPD und Grüne die Jugendarbeit besonders fördern.

Einzelmaßnahmen:

- Weiterführung der regionalen Präventionsprojekte in Kitas und Schulen
- Weiterförderung der Aufklärungs- und Beratungsangebote gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen
- Verzahnung der Jugendhilfe mit Maßnahmen der ARGE (z.B. PACE)
- Initiierung eines Bündnisses für Ausbildung und Qualifizierung
- Ausbau niedrigschwelliger Hilfeformen z.B. in Rahmen der sozialpädagogischen Familienhilfe
- Ausreichende Förderung freier Träger im Bereich der Jugendgerichtshilfe
- Förderung des betreuten Jugendwohnens
- Bessere Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kindern, Jugendamt und Jugendgesundheitspflege

- Förderung des Regionsjugendrings, Erhalt des Ferienhilfsfonds
- Würdigung von ehrenamtlichen Jugendlichen (Juleica)
- Weiterentwicklung des Angebotes des Jugendgästehauses Gailhof
- Stärkung des Regionsjugendparlamentes

Bildung und Schulen

Mit der Bildung von regionalen Kompetenzzentren in den Berufsschulen sind die Weichen für eine zukunftsfähige Qualitätsausbildung gestellt. SPD und Grüne wollen nun die programmatische Weiterentwicklung der beruflichen Bildung erreichen. Dies muss in enger Abstimmung mit den regionalen Trägern der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik geschehen. Das duale System werden wir durch die weitere Förderung von Ausbildungsverbünden und –initiativen für das gesamte Regionsgebiet stärken. Darüber hinaus wollen SPD und Grüne, dass die Berufsschulen auch eigenständig ausbilden können.

SPD und Grüne wollen die Umsetzung des regionalen Förderschulkonzeptes. Zusammen mit den Städten und Gemeinden, Jugendämtern und dem Land sollen neue integrative Ansätze entwickelt werden.

SPD und Grüne wollen die medienpädagogische Arbeit in Zusammenarbeit mit dem LandesfilmDienst weiterführen.

Der eingeschlagene Weg zur Erhöhung der Belegungszahlen der Schullandheime soll fortgesetzt werden. Die Schullandheime sollen erhalten bleiben.

Einzelmaßnahmen:

- Erleichterung des Übergangs von Schule zu Beruf (Leitstelle Berufliche Bildung)
- Kooperation der Berufsschulen mit den vorhandenen Bildungsträgern in der Region im Bereich des Weiterbildungsmarktes
- Gewaltpräventionsprojekte an den Berufsschulen in Kooperation aller zu Beteiligten
- Einführung eines zentralen Anmelde- und Steuerungsverfahrens für die Vollzeitschulen zur Beratung der Jugendlichen und Überwachung der Schulpflicht
- Bessere Zusammenarbeit von Schulen und Jugendhilfe
- Weiterentwicklung der Förderschulen zu sonderpädagogischen Zentren
- Angemessenes Angebot wohnortnaher Förderschulen

Einwanderung und Integration – gesellschaftlich geboten und volkswirtschaftlich sinnvoll!

Eine hohe Anzahl von Menschen in der Region Hannover ist nichtdeutscher Herkunft. Integration ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunft unseres Gemeinwesens und verlangt aktive Gestaltung. SPD und Grüne verfolgen eine Politik der Integration, die die Herstellung der Chancengleichheit aller zum Ziel hat. Insbesondere in den Bereichen Sprache, schulische und berufliche Ausbildung, Beschäftigung und gesellschaftlicher Dialog liegen die Herausforderungen. Gerade Jugendlichen mit Migrationshintergrund gilt unsere besondere Aufmerksamkeit.

Einzelmaßnahmen:

- Unterstützung und Verstärkung der Integrationsbemühungen auf kommunaler und regionaler Ebene
- Verzahnung von Integrationskonzepten mit Maßnahmen der Jugendarbeit zur besseren Integration
- Hilfe zur Selbsthilfe beim Erwerb der deutschen Sprache, Intensivierung der Sprachförderung

- Weiterführung der von rot-grün geschaffenen Existenzgründungsberatung für Migrantinnen und Migranten
- Verstärkte Beschäftigungsförderung für Jugendliche mit Migrationshintergrund, Erhöhung der Ausbildungsquote in Betrieben von Migranten
- Aufklärung über den Zugang zu sozialer und gesundheitlicher Versorgung
- Förderung von Aktivitäten, die auf bürgerschaftliches Engagement und Integration setzen
- Entwicklung eines regionsweiten Konzeptes zur Stärkung und Bekanntmachung von innovativen Integrationsprojekten (Best Practice)
- Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Regionsmitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Entwicklung einer Antidiskriminierungsrichtlinie
- Reform der Ausländerstellen durch Erarbeitung eines dezentralen kundenfreundlichen Konzeptes
- Entwicklung von Einstellungskriterien, die die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund fördert
- Verstärkte Kooperation zwischen den Städten und Gemeinden bei der Unterbringung von Flüchtlingskindern zur Vermeidung einer Ghettoisierung

Gleichstellung

Gleichstellungspolitik ist Querschnittsaufgabe. Leitgedanke des Handelns von SPD und Grünen wird daher die konsequente Anwendung des so genannten Gendermainstreaming sein. Durch umfangreiche Maßnahmen wird auch die Region ihren Beitrag zur Herstellung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern leisten.

Einzelmaßnahmen:

- gezielte Maßnahmen der Qualifizierung und Arbeitsförderung für arbeitslose Frauen, Verbesserung der Kinderbetreuung
- Schaffung eines Regionalen „Frauenförderpreis Wirtschaft“ als Anreiz für Unternehmen
- Durchgängige Anwendung des Gendermainstreaming in der Regionsverwaltung durch geschlechterdifferenzierte Datenerhebung, Genderbeauftragte, Fortbildung und Personalentwicklung, Einführung eines Gleichstellungscontrollings
- geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen in der Jugendarbeit und in der Berufswahlorientierung
- Unterstützung von Unternehmerinnen- und Frauengewerbezentren
- Förderung der Beratungsstellen für Frauen und Mädchen unter Berücksichtigung der Vielfalt der Träger, Förderung einer Zufluchtsstätte für von Gewalt betroffene Mädchen
- Finanzielle Sicherung der Arbeit des Frauengesundheitszentrums

Gesundheit und Krankenhäuser

SPD und Grüne werden das Klinikum Region Hannover auf seinem Weg, modernste medizinische Versorgung im Interesse der Patienten zu bieten, weiter unterstützen. Das gilt insbesondere bei der offensiven Nutzung moderner integrierter Versorgungsformen und der Weiterentwicklung der Krankenhäuser zu regionalen Gesundheitszentren.

Wir wollen die Fortsetzung des wirtschaftlichen Konsolidierungskurses der Regionalkliniken, um auch langfristig die öffentliche Trägerschaft zu erhalten.

Wir streben den Erhalt der Krankenhausstandorte im Umland an, um eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Gesundheitszentren sicherzustellen, in denen stationäre und ambulante Angebote miteinander verzahnt werden.

Am Standort Siloah soll ein neues modernes Krankenhaus entstehen.

Dem gestiegenen Bedarf an sozial-psychiatrischer Beratung muss seitens der Region entsprochen werden. Die Arbeit der dezentralen Beratungsstellen mit dem Ziel der möglichst ambulanten Betreuung der Betroffenen muss gerade auch in der Fläche erhalten bleiben.

Die Anstrengungen der Region im Bereich der Gesundheitsförderung sind zu forcieren. AIDS-Beratung, Suchtprävention, jugendmedizinischer Dienst müssen auch in Zukunft verlässliche Ansprechpartner für die Betroffenen sein.

Die Qualität im Rettungswesen der Region muss erhalten bleiben. Die Ausschreibung von Leistungen ist bei Beibehaltung der Standards durchzuführen.

Einzelmaßnahmen:

- Bau des neuen Krankenhauses am Standort Siloah mit modernster Medizin- und Umwelttechnik
- Stärkung von Patientenrechten durch Einrichtung einer Ombudsstelle am Klinikum
- Sicherstellung einer geeigneten Form der Kinderbetreuung für die Bediensteten der Regionskrankenhäuser
- Fortführung des Energie- und Umwelteffizienzprogramms am Klinikum
- Einbindung der Beschäftigten bei der Qualitäts- und Fortentwicklung des Klinikums.
- Finanzielle Absicherung des Netzwerks aus stationärer Palliativversorgung, Hospizarbeit und ambulanten Fachdiensten
- Aufbau ambulanter Angebote und Dienste für Demenzkranke und ihre Angehörigen zur Vermeidung stationärer Unterbringung
- Erhalt der sozial-psychiatrischen Beratungsstellen mit ausreichend qualifiziertem Personal
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen, die eine selbstständige Lebensführung ermöglichen
- Absicherung der Arbeit der Beratungsangebote freier Träger durch vertragliche Regelungen
- Absicherung der finanziellen Mittel für die Drogenarbeit, für ambulante und teilstationäre Angebote, vor allem auch freier Träger
- Verstärkte Hilfe für drogenabhängige Arbeitslosengeld II-Bezieher bei der Vermittlung von Beratung und Therapien
- Absicherung der medizinischen Versorgung in Schwerpunktpraxen, Institutsambulanzen und integrierten Versorgungseinrichtungen für Suchtabhängige
- Weiterführung des Suchtpräventionsprogramms der Region in Kindertagesstätten und Schulen
- Prozessoptimierung im Fachbereich Gesundheit durch weniger Bürokratie und mehr Kundenorientierung

Soziale Region: Ausbildung und Beschäftigung fördern, Arbeitslosigkeit bekämpfen

Schwerpunkt für SPD und Grüne ist der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Wir wollen ein „Bündnis für Ausbildung und Qualifizierung“, damit kein Jugendlicher ohne Ausbildungsperspektive bleibt.

Durch Hilfe zur Selbsthilfe wollen wir mit konkreten Projekten Arbeitslose in Arbeit bringen und Hilfeempfänger aus der Abhängigkeit von Sozialtransfers befreien. Für uns gilt das Prinzip: Arbeit und Qualifizierung statt Sozialgeld.

Die Vermittlung von Arbeitslosen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze (1. Arbeitsmarkt) ist als vorrangig anzusehen.

Unser besonderes Augenmerk gilt dabei den „Unter 25-Jährigen“ und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und deren Familien.

Nach dem organisatorischen Aufbau der Job-Center wird der Schwerpunkt darauf liegen, das regionale Konzept für Eingliederungs- und Beschäftigungspolitik umzusetzen. Hierzu sind eine konsequente Ausrichtung auf den Unternehmenssektor und eine engere Verzahnung mit den Trägern der regionalen Beschäftigungspolitik notwendig.

Einzelmaßnahmen:

- Einsatz von Lohnkostenzuschüssen für Arbeitgeber zur Vermittlung in den 1. Arbeitsmarkt
- Ausreichende Weiterbildungs- und Ausbildungsangebote für die Betroffenen – 1 Euro Jobs nur als letztes Mittel
- Sofortvermittlung von unter 25-Jährigen
- Verstärkte Förderung von Alleinerziehenden, Ausbau der Kinderbetreuung
- Langfristige Beschäftigungsmöglichkeiten für über 55-Jährige
- Jede/r Neuantragsteller/in soll innerhalb von sechs Tagen eine qualifizierte Beratung erhalten
- Verstärkte Zusammenarbeit mit den regionalen Beschäftigungsträgern, z.B. bei der Angebotsentwicklung und den Qualifizierungsplänen für Arbeitslose
- Erhalt der wohnortnahen und bedarfsorientierten Angebotsstruktur in den dezentralen Jobcentern
- Innerhalb dieser Wahlperiode soll es für Einkommensschwache, insbesondere Familien mit Kindern, ein kostengünstiges Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr geben
- Förderung von Ausbildung z. B. durch Unterstützung von Ausbildungsverbünden und Jugendwerkstätten
- Verbesserung der Beratungsqualität in den Jobcentern der Region: Einsetzung eines zentralen Ansprechpartners, der die Interessen der Antragstellenden vertritt
- Die Jobcenter der Region müssen eine eigenständige Rechtsform erhalten

Soziale Region: Hilfe zur Selbsthilfe, Armut vermeiden

SPD und Grüne vertreten ein modernes Konzept der Daseinsvorsorge, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass Staat und Gesellschaft solidarisch handeln und für faire Chancen sorgen.

Das Leitbild „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist in der Praxis durch konkrete Projekte mit Leben füllen.

Angesichts der demografischen Entwicklung muss der Pflegebedarf an die zukünftige Entwicklung angepasst werden. **Dabei gilt das Prinzip: ambulant vor stationär.**

Einzelmaßnahmen:

- Ausbau ambulanter Hilfen für ältere Menschen statt Aufnahme im Pflegeheim
- Vorrang der aktivierenden Pflege im stationären Bereich
- Einsatz der Haushaltsmittel gezielt und kostenbewusst
- Absicherung des sozialen Wohnungsbaus
- Unterstützung von Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit durch "Begleitetes Wohnen" oder „Betreutes Wohnen“
- Maßnahmen gegen die dauerhafte Unterbringung von Obdachlosen in so genannten „Obdachlosensiedlungen“
- Ausbau des bestehenden Netzes von Schuldnerberatungsstellen
- Umstellung der Beihilfen im Sozialbereich auf mehrjährige Leistungsvereinbarungen mit den freien Trägern und Finanzierung aus den Ansätzen des Sozialhaushaltes
- Unterstützung des Seniorenbeirates der Region Hannover
- Umsetzung des Konzeptes zur besseren Steuerung der Eingliederungshilfen für behinderte Menschen

Behindertenpolitik in der Region: Aktive Teilhabe ermöglichen

Neben den kommunalen Anstrengungen muss die Region ihren Beitrag dazu leisten, Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Einzelmaßnahmen:

- Erhalt der Hilfen für den behindertengerechten Ausbau von Wohnungen
- Weiterführung des behindertengerechten Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs, behindertengerechte Ausstattung von Bussen und Bahnen
- Weiterführung der regionalen Mobilitätshilfe für Schwerstbehinderte
- Einbeziehung von Behindertenvertretern bei Planungen, z.B. bei der Sozial- und Pflegeplanung

Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik: Attraktivität des Standorts sichern und weiterentwickeln

Die Region hat günstige Standortmerkmale. Um sie weiter auszubauen, suchen wir die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit EU, Bund, Land, Wirtschaft und Wissenschaft. Durch eine professionelle Vermarktung der Wirtschafts- und Wissensregion wollen wir erreichen, dass die Menschen weiter gern in der Region Hannover leben, sie für Unternehmen auch künftig attraktiv bleibt, neue Unternehmensgründungen und Ansiedlungen fördert.

Mit hannoverimpuls fördert die Region Hannover die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in Branchen, die ein hohes Potential versprechen. Die Region konzentriert ihre Kräfte bei hannoverimpuls mit dem Ziel, sich durch Vernetzung, Bündelung der Aktivitäten und speziellen Maßnahmen zukunftsgerichtet im Wettbewerb zu positionieren und dem Wirtschaftsraum ein unverwechselbares Profil zu verleihen. Dabei gilt es, den Einsatz der Mittel laufend zu überprüfen und gegebenenfalls zu optimieren.

SPD und Grüne wollen die Zusammenarbeit der Region mit allen 21 Städten und Gemeinden in der Region weiterentwickeln. Wir wollen eine stärkere Kooperation und Steuerung bei der Tourismusförderung, beim Standort- und Regionsmarketing. Die Marketing-, Tourismus- und Standortförderung soll in einer Gesellschaft zusammengeführt werden, in der die Interessen aller 21 Kommunen gewährleistet sind. Dort, wo Parallelstrukturen vorhanden sind, sollen diese abgebaut werden. Die Zusammenarbeit in wirtschaftspolitischen Fragen zwischen Region und Kommunen ist weiter zu intensivieren.

Den begonnenen Weg zur Integration, Strukturierung und Steuerung aller Einrichtungen der Existenzgründungsberatung werden SPD und Grüne fortsetzen. Die erfolgreiche Arbeit des Unternehmerbüros wird fortgeführt.

Ausgehend vom intraregionalen Wettbewerb der Standorte in der Region Hannover, wollen wir die Stärkung der intraregionalen und Institutionen übergreifenden Kooperation aller in der Wirtschaftsförderung tätigen Akteure erreichen. Dazu ist u.a. das Gewerbeflächenkonzept der Region zur Profilierung und Vermarktung bedeutsamer Gewerbeflächen weiterzuentwickeln.

SPD und Grüne wollen neue Wirtschaftszweige fördern: Dazu sind u.a. Umwelttechnologien auszubauen und die so genannte „Silver Economy“ als Wirtschaftszweig, der speziell Dienstleistungen für ältere Menschen anbietet, zu etablieren.

Einzelmaßnahmen:

- Vereinigung von Marketing, Tourismus und Standortförderung in der regionalen Wirtschaftsförderung und langfristige Zusammenführung in einer Gesellschaft
- Erhaltung und Ausbau neuer Arbeitsplätze im Bereich der Umwelttechnologien, Förderung von Unternehmen im Bereich Umwelttechnologien
- Weiterführung des Programms Öko-Profit
- Die Gender-Mainstreaming-Initiative bei hannoverimpuls wird fortgesetzt.

- Einrichtung einer gemeinsamen Marketing-AG für die gesamte Region Hannover, die die Interessen aller 21 Kommunen der Region Hannover berücksichtigt
- Schaffung eines eigenen, erkennbaren Profils für die Tourismusregion Hannover, u.a. durch gemeinsame Projektthemen als verbindende Elemente und durch einzelne Großprojekte, wie z. B. die Gartenregion 2009, Aufbau eines touristischen „Erlebnisraumes Hannover“
- Gemeinsamer Vertrieb regionaler touristischer Produkte
- Bildung eines Netzwerkes mit etablierten Projektträgern, Unternehmen, Gewerkschaften Wirtschaftsverbänden, den regionalen Kammern und dem Job-Center Region Hannover mit dem Ziel, die finanzielle Förderung der EU, des Bundes und des Landes systematisch miteinander zu verzahnen
- Verstärkte Kooperation der Einrichtungen der Wirtschaftsförderung sowie der wirtschafts-und wissenschaftsnahen Institutionen
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Neuansiedlungen von Betrieben und Bestandspflege vor Ort durch die Lotsenfunktion des Unternehmerbüros
- Einbindung des TCH in das Gesamtkonzept von hannoverimpuls, Weiterentwicklung von zielgruppenspezifischen Angeboten
- Gründungsfinanzierung verbessern durch Sicherung und Erweiterung des hannover-innovation-fonds (hif)
- Existenzgründungen für Migrantinnen und Migranten fördern
- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) fördern
- Förderung von Netzwerken zum Wissenstransfer
- Anbieten von Qualifizierungsmaßnahmen (Lebenslanges Lernen, Generationswechsel, Technologieanwendung) sowie Verknüpfung arbeits- und strukturpolitischer Maßnahmen z.B. in der EU-Förderung in Kooperation mit dem Job-Center Region Hannover
- Schaffung eines regionalen Flächenpools für zukünftige Gewerbeflächen, Unterstützung der Bildung interkommunaler Gewerbegebiete
- Steuerung und Förderung des zukünftigen Flächenbedarfs, z.B. durch funktionellen Ausgleich für Gemeinden, die auf die Ausweisung eigener Gewerbegebiete verzichten, da sie nicht an den vereinbarten begünstigten Entwicklungsorten liegen
- Strategische Neuausrichtung der Hannover Region Grundstücksgesellschaft (HRG) unter Überprüfung ihrer regionsrelevanten Aufgaben, Förderung des Logistikstandortes Region Hannover

Klimaschutzregion Hannover

Klimaschutz und der Einsatz regenerativer Energien sind Schwerpunkte rot-grüner Regionspolitik. Als Wirtschaftsfaktor gewinnen sie in der Region Hannover zunehmend an Bedeutung, wovon besonders kleine und mittlere Unternehmen profitieren, denn Klimaschutz ist mehr als Umweltschutz. Sie stellen entscheidende Elemente beim Umweltschutz dar und dienen der Sicherung und Verbesserung von Lebensqualität der Bevölkerung. Dem weltweiten Klimawandel gilt es auch regional entgegenzuwirken.

Daher setzen wir uns für die Verstärkung der Klimaschutzaktivitäten der Region ein.

Einzelmaßnahmen:

- Zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen werden jährlich 1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt
- Fortsetzung der Arbeit der Klimaschutzagentur
- Förderung von Klimaschutzprogrammen (z.B. CO₂-Minderungsstudie) in der Region
- Energiemanagement inklusive energetischer Sanierung der regionseigenen Gebäude und des Gebäudebestandes der Beteiligungsgesellschaften ausbauen
- Energetische Sanierung von (Vereins-)Sportstätten im Programm Ecosport weiterführen

- Unterstützung des Programms „Gut beraten starten“ der Klimaschutzagentur mit kostenloser, unabhängiger Energieberatung in allen Regionskommunen
- Visualisierung innovativer Anlagen an exponierten Stellen
- Biomasse als erneuerbaren Energieträger (z.B. zur Biogasherstellung) unter Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit fördern
- Unterstützung der Geothermieforschung
- Unterstützung von Solarenergie
- Stabilisierung der Windenergie durch Schwerpunkt auf Ersatz älterer Anlagen durch leistungsfähigere neue Anlagen und durch bessere Ausnutzung vorhandener Standorte

Natur- und Landschaftsschutz weiterentwickeln

Die Region leistet mit ihren 34 Naturschutz- und 84 Landschaftsschutzgebieten einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der Umwelt.

Landschafts- und Naturschutz unterstützen aber auch Naherholung und regionalen Tourismus. Die Ziele des Landschafts- und Naturschutzes dürfen jedoch nicht wirtschaftlichen Zwängen untergeordnet werden. Allerdings sollen wirtschaftliche Interessen und andere Nutzungsansprüche künftig intensiver in Dialoge einbezogen werden. Forderungen nach Herausnahme müssen im Einzelfall geprüft werden. Grundsätzlich setzen sich SPD und Grüne für den Erhalt der Schutzgebiete ein.

Einzelmaßnahmen:

- Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Gebieten für den Natur- und Artenschutz, Vernetzung schützenswerter Lebensräume durch Biotopverbund
- Bereitstellung ausreichender Mittel für Pflegemaßnahmen und den Ankauf von Flächen für Naturschutzzwecke, Errichtung von Pufferzonen
- Erhalt extensiver landwirtschaftlicher Nutzungsformen, insbesondere Entwicklung und Umsetzung von Schutzprogrammen für Grünland
- Einbindung der Landwirtschaft in die Landschaftspflege
- Konzeption und Durchführung von Artenschutzmaßnahmen, Erhalt von artenreichen Wildnisflächen in urbanen Bereichen
- Förderung des Moorschutzes, rasche Wiedervernässung von Torfabbauflächen, keine Neugenehmigung von Torfabbau
- Stärkere Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes
- Aktive Umweltinformationspolitik und Förderung der Umweltbildung
- Beteiligung an der Errichtung und dem Betrieb von Naturschutzstationen
- Weiterführung des Beratungsprojektes Ökoprotit, einer Hilfe zur Selbsthilfe für Betriebe, um durch Umweltschutz Kosten zu sparen
- Unterstützung der Vermarktung ökologischer Lebensmittel aus der Region Hannover
- Stärkere Ausnutzung von Drittmitteln, z. B. der EU, für Naturschutzmaßnahmen
- Fortführung von Sanierungen verseuchten Bodens entsprechend einer regionsweiten Prioritätenliste
- Nachnutzung von Bodenabbauten für den Natur- und Artenschutz
- Strikte Überwachung von Gewässereinleitungen und Anlagen mit Wasser gefährdenden Stoffen
- Fortsetzung der Förderung der naturnahen Entwicklung von Gewässern durch Renaturierung und der Ausweisung von Gewässerrandstreifen
- Wirksame Kontrolle des Schadstoffausstoßes und Reduzierung von Luftschadstoffen
- Kauf schadstoffarmer Modelle bei Neubeschaffungen von Kraftfahrzeugen für die Region

Zukunftsfähige Abfallwirtschaft

SPD und Grüne setzen sich dafür ein, dass die Abfallwirtschaft auch in Zukunft in öffentlicher Rechtsform betrieben wird und damit eine zuverlässige, verantwortungsvolle und kostengünstige Entsorgung sichergestellt wird.

SPD und Grünen wollen, dass in der nächsten Wahlperiode die Abfallvermeidung in den Vordergrund gerückt wird. Abfallvermeidung nützt nicht nur der Umwelt, sondern spart auch Kosten bei Verbraucherinnen, Verbrauchern und Betrieben.

Einzelmaßnahmen:

- Verursachergerechte und konstante Abfallgebühren
- Vervollständigung des Netzes der Wertstoffhöfe insbesondere mit dem Ziel einer besseren Versorgung der nördlichen Region
- Verbesserung der Serviceangebote: Auf Wunsch z. B. Container für Altpapier und für Kunststoffe/Metalle
- Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit zur Abfallvermeidung und Verwertung
- Ausweitung der Beratung zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen
- Weiterführung von Ökoprot, einem Beratungsprojekt für Betriebe zur Schonung der ökologischen und finanziellen Ressourcen
- Unterstützung von Projekten zur Wiederverwertung, z. B. Bauteil-, Möbel-, Gebrauchtbörsen
- Versuchsweise Ausweitung der Biotonne und der Tonnenabfuhr auf verdichtete Wohngebiete im Umland, um die einzusammelnden Restabfälle zu verringern
- Leitbild aha: Ressourcenschonende Beschaffung, umweltfreundlicher Fuhrpark
- Bessere Vermarktung des Biokompostes, Ausgabe auf den Wertstoffhöfen
- Intensive Zusammenarbeit/Kooperation aller Beteiligten bei der Kontrolle der MVA Lahe
- Schaffung einer „Taskforce aha“ zur Bekämpfung illegaler Müllablagerung

Naherholung

Regionale Naherholung als ein System der wohnort- und arbeitsplatznahen Erholung bringt allen Kommunen Standortvorteile und erhöht die Lebensqualität. Die Naherholung ist außerdem ein bedeutender Faktor für Ansiedlungen von Unternehmen. Sie trägt mit ihrem positiven Image maßgeblich zum wirtschaftlichen Wachstum der Region bei. Naherholung nützt aber auch der Umwelt.

Für die Stärkung des regionalen und überregionalen Tourismus sehen wir die Vorbereitung und Durchführung des Events Gartenregion 2009 als zentrales Projekt, das Attraktionen in Gartenkunst, Theater und Musik, Museen und Kleinkunst präsentieren soll.

Alle regionsangehörigen Städte und Gemeinden stellen gemeinsam die Leuchttürme in der Region wie Herrenhäuser Gärten und Zoo und die vorhandenen übrigen Garten-, Park- und Landschaftsräume als touristisches Potential der Region Hannover dar.

Wir erwarten von der Gartenregion 2009 eine Förderung des Tourismus und eine Stärkung der Regionsidentität. Deshalb werden wir dieses Projekt nach Kräften fördern und vorantreiben.

SPD und Grünen befürworten den Ausbau des Zoos durch die Alaskalandschaft „Yukon Bay“ und werden in diesem Sinne alle Initiativen zur Weiterentwicklung des Zoos unterstützen und sich aktiv für eine EU-Förderung des Projektes einsetzen.

Sport und Freizeit genießen einen hohen Stellenwert bei den Bürgerinnen und Bürgern, den es weiter zu entwickeln gilt.

Einzelmaßnahmen:

- Unterstützung der Kommunen bei der Realisierung attraktiver Projekte und Förderung der Vereine, Verbände etc. bei ihren Aktivitäten zur Gartenregion 2009
- Intensivierung der Zusammenarbeit des Bereiches Naherholung mit der Wirtschaftsförderung und dem Tourismus
- Nachhaltige Sicherung einzelner Projekte der Gartenregion, damit sie auch nach 2009 der Bevölkerung noch zur Erholung zur Verfügung stehen
- Leistung der Anschubfinanzierungen für Naherholungsprojekte mit regionaler Ausstrahlung
- Förderung regionaler Konzepte (z. B. Umweltverträgliche Naherholungskonzepte)
- Fortführung des eigenständigen regionalen (Freizeit-) Fuß- und Radwegenetzes (wie Deisterkreisel, Grüner Ring), Schaffung einheitlicher Leit- und Informationssysteme
- Sicherung und Unterstützung des Ausbaus der Themenrouten (z.B. Route der Industriekultur, Mühlenroute, Erlebnisroute, Welfenweg)
- Unterstützung und Förderung von Naherholungsprojekten entlang der Routen
- Sport- und Freizeitregion ausbauen

Verkehr: Mobilität für alle erhalten und ausbauen

Die Region Hannover verfügt über einen leistungsfähigen, kundenfreundlichen und preisgünstigen öffentlichen Personennahverkehr. Diese Qualität gilt es zu erhalten. SPD und Grüne setzen sich – unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit – für einen Ausbau der Infrastruktur ein. Insbesondere die Herstellung der Barrierefreiheit, z.B. durch Ausrüstung der Haltestellen mit Aufzügen und mit Hochbahnsteigen gemäß dem Fahrgastaufkommen, ist unser Ziel.

Wir bekennen uns zu öffentlichen Verkehrsunternehmen als Beitrag zur Daseinsvorsorge. Die Kontrolle durch die Region sichert hohe Standards und vermeidet Qualitätseinbußen.

Nach der erfolgten Einführung der Regionaltarife mit den benachbarten Landkreisen für Monatskartenbesitzer, wollen wir in der neuen Wahlperiode den Einstieg in den durchgehenden Bar-Tarif über die Regionsgrenzen hinaus einführen.

Auch künftig konzentriert die Region die Siedlungs- und Gewerbeentwicklung entlang der Schienenwege, um u.a. die Kosten für den ÖPNV überschaubar zu halten.

Das regionale Radwegenetz wollen wir unterhalten und Lücken schließen.

Die Unterhaltung der Kreisstraßen muss gewährleistet bleiben. Wenn hier nicht rechtzeitig investiert wird, sind gewaltige Folgekosten zu befürchten.

Einzelmaßnahmen:

- Sicherung eines angemessenen und verlässlichen Einsatzes behindertengerechter Fahrzeuge
- Fahrgastbetreuer/-innen und Schaffner/-innen in Bahnen und Bussen zur Gewährleistung von mehr Service und Sicherheit einsetzen
- Ausbau des Notrufanlagensystems
- Einführung eines Gemeinschaftstarifes für die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen, Erweiterung der Kooperationstarife
- Innerhalb dieser Wahlperiode soll es für Einkommensschwache, insbesondere Familien mit Kindern, ein kostengünstiges Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr geben
- Schaffung eines durchgängigen Netzes von Radwegen durch die ganze Region
- Sichere und umfassende Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, Weiterführung des Fahrradgaragen-Programms an Bahnhöfen
- Verbesserung der Möglichkeiten zur Mitnahme von Rädern in Bussen der RegioBus Hannover GmbH
- Stärkung von Fahrgastrechten durch Garantien für Kundinnen und Kunden

- Bessere Einbindung des ÖPNV-Rates in die politische Arbeit
- Programm zur Sicherheit und Sauberkeit an sämtlichen Haltestellen
- ÖPNV mit Carsharing-Modellen verknüpfen
- Berücksichtigung von Mobilitätsbedürfnissen von Frauen und jungen Menschen
- Für den ländlichen Raum sind zusätzlich alternative Modelle wie Ruftaxis, Anrufsammeltaxis etc. einzusetzen, um die Anbindung aller Gemeinden an den Öffentlichen Personennahverkehr zu gewährleisten
- Erreichbarkeit der touristischen Ziele mit dem Nahverkehr fördern
- Förderung der planerischen und finanziellen Einbindung bestimmter Freizeiteinrichtungen an der Verkehrsanbindung mit dem Nahverkehr z. B. durch Shuttle, Kleinbahnen, etc.
- Einführung einer HannoverRegionsCard
- Regionsstraßenverkehr und -management ökologisch und ökonomisch gestalten
- Unterstützung der Kommunen bei der Verminderung des LKW-Durchgangsverkehrs. Gegebenenfalls müssen Ortsumgehungen gebaut werden. Für die Maut-bedingten Verlagerungen fordern wir einen Kostenausgleich
- Kein Bau oder Ausbau von Straßen parallel zu Schienenverbindungen/S-Bahnsträngen
- Förderung von Güterverkehrs- und Logistikzentren, sinnvoller Einsatz des kombinierten Ladungsverkehrs

Regionalplanung sichert Lebensqualität

Die Regionalplanung hat auch künftig eine wesentliche Bedeutung für den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität in der gesamten Region.

Die größte Herausforderung der nächsten Jahre stellt der Umgang mit dem demographischen Wandel dar. Diese Veränderungen gilt es aufzugreifen und mit neuen Ansätzen und Entwicklungsstrategien in der Siedlungspolitik, der Raumordnung und bei den Infrastruktureinrichtungen zu begegnen.

Einzelmaßnahmen:

- Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf die S-Bahn und Stadt-Bahn-Haltestellen, um Umstieg auf den ÖPNV zu fördern
- Verhinderung der Zersiedelung der Landschaft, Siedlungsentwicklung soll nur dort stattfinden, wo auch in Zukunft eine ausreichende infrastrukturelle Versorgung sichergestellt ist
- Anordnung regionaler Gewerbegebiete, wo sie für Investoren interessant sind und gleichzeitig wertvolle Landschaftsräume am wenigsten beeinträchtigen
- Prüfung, ob ein Verzicht auf eine städtebauliche Entwicklung einzelner Kommunen zu einem fairen Ausgleich durch die Region führen muss
- Regionaler Ausgleich in der Planung – auch im Interesse der Städte und Gemeinden. Alle Infrastrukturangebote soll es in der Region in ausreichender Anzahl und gut erreichbar geben
- Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen durch Herstellung von Barrierefreiheit
- Erhalten der Lebensqualität im ländlichen Raum durch Konzentration des Zuwachses auf bestehende Siedlungen und Schutz von freien Flächen
- Perspektiven für den ländlichen Raum durch Förderung der nachhaltigen Produktion in Landwirtschaft, Ernährungs- und Veredelungsindustrie entwickeln
- Förderung der Entwicklung zukunftsfähiger, nachhaltiger und moderner Konzepte in der Regionalplanung
- Förderung der Rolle der Region Hannover als Moderator bei Fragen der Regionalplanung
- Begrenzung der Siedlungsflächenzunahme entsprechend des RROP

- Förderung der Fortsetzung der regionalen Leitprojekte zur Siedlungsentwicklung auch unter dem Ansatz des Aktionsplans „Demografischer Wandel“ für die Innenentwicklung, bei der Brachenentwicklung und im Rückbau
- Freiraumsicherung und Freiflächenweiterentwicklung für ein Freiflächenverbundsystem
- Unterstützung der Kommunen in Fachfragen
- Einführung eines Brachenmanagement
- Überarbeitung des ÖPNV-Netzes in Hinsicht auf intelligente, wirtschaftlich sinnvolle und sozialorientierte Lösungen für den ländlichen Raum unter Berücksichtigung des demografischen Wandels
- Einsatz für den Erhalt lokaler Naherholungsgebiete
- Erhalt und Stärkung auch von dezentralen Infrastruktureinrichtungen z. B. Einzelhandel und Dienstleistungen
- Förderung der Vermarktung von Produkten aus regionaler Erzeugung

Metropolregion stärken

Der Wettbewerb mit anderen Ballungsräumen im vereinten Europa erfordert strategische Partnerschaften. Deshalb setzen sich SPD und Grüne aktiv für das Projekt „Metropolregion Hannover/Braunschweig/Göttingen“ ein.

Zusammen mit anderen Standorten wollen wir diesen 3,8 Millionen Einwohner starken Ballungsraum positionieren. Wir wollen ihn fit machen für den Wettbewerb der Wirtschaftsräume und der Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten.

Es wird darauf ankommen, die Metropolregion Hannover/Braunschweig/Göttingen noch stärker nach außen zu stärken.

Einzelmaßnahmen:

- Übernahme des Städtenetzes in die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen
- Einbindung der kleineren Kommunen und der „Fläche“ in den Metropolisierungsprozess
- Beteiligung der Öffentlichkeit am Prozess der Metropolregionsentwicklung
- Demokratisierung (Beteiligung der Politik)
- Transparenz (breite Öffentlichkeitsarbeit und Informationspolitik der Metropolregion)
- Förderung des Austausches der Region Hannover mit anderen Regionen im Inland
- Schaffung und Sicherung von Gremien zum interregionalen Austausch (z.B. regelmäßige gemeinsame Ausschüsse)
- Unterstützung von Partnerschaften mit anderen Regionen
- Ausbau von Klimaschutzaktivitäten auch in der Metropolregion

Regionale Kultur stärken

Die Anstrengungen auf kulturellem Gebiet, die Schaffung eines unverwechselbaren Angebotes, sind eine wichtige Voraussetzung für die Region Hannover im Wettstreit der Metropolregionen, wenn es darum geht, national und international Aufmerksamkeit auf sich zu lenken (Standortfaktor). Die Region soll deshalb herausragende kulturelle Ereignisse und Einrichtungen besonders fördern. Es geht auch darum, durch die Schärfung eines eigenen kulturellen Profils eine gemeinsame regionale Identität zu fördern.

Die Region muss ihren Beitrag zur Erinnerungskultur leisten: Die Zukunft der Gedenkstättenarbeit muss weiterentwickelt werden.

Einzelmaßnahmen:

- Verstärkt eigene Schwerpunkte in den einzelnen Kunstsparten setzen und damit strukturell und nachhaltig das Angebot zu verbessern

- Förderung von jungen Künstlerinnen und Künstlern
- Ausreichende finanzielle Mittel zur Durchführung eigener Veranstaltungsreihen in Zusammenarbeit mit den 21 Kommunen zur Stärkung des Regionsgedankens
- Entwicklung von Richtlinien zur Schaffung von Transparenz bei der Vergabe der Fördermittel des Landes durch die Region.
- Verstärkte Kooperation mit der Landeshauptstadt Hannover und den anderen Kommunen bei der Durchführung regionaler Kulturveranstaltungen
- Weiterführung des beschlossenen Ausbaus der Gedenkstätte Ahlem zu einem regionalen Zentrum der Erinnerungskultur der Region Hannover und Förderung der Schülerprojektarbeit, Aufzeichnung und Herausgabe von Zeitzeugenaussagen der Überlebenden
- Vernetzung der Aktivitäten zur Erinnerungskultur in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Hannover und unter Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement durch das „Netzwerk Erinnerung und Zukunft“ in der Region Hannover

Finanzen und Beteiligungen

SPD und Grüne fordern eine strukturelle Verbesserung der Gemeindefinanzen und einen Abbau der die Kommunen belastenden Normen und Standards bzw. angemessene Kostenerstattung.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Konnexitätsprinzip auch für Europa- und Bundesaufgaben gilt.

Eine wesentliche Ursache für die Finanzsituation ist der demografische Wandel und dessen Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme. Diese Entwicklung darf nicht wie bisher überproportional von der Region und den kommunalen Haushalten getragen werden.

Gleichzeitig muss die Region im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Daseinsvorsorge für die Bürger und Bürgerinnen gewährleisten.

Alle Einsparmöglichkeiten sind zu realisieren und die vorhandenen Ressourcen müssen auf die notwendigen Aufgaben konzentriert werden.

Die fehlenden Mittel für die Instandhaltung von Gebäuden, Anlagen und Straßen dürfen nicht zu einem Substanzverzehr des kommunalen Vermögens führen. Mit langfristigen Instandhaltungsprogrammen muss gegengesteuert werden.

Aufgaben der Daseinsvorsorge wie die Regionskrankenhäuser, der ÖPNV und die Abfallwirtschaft müssen in öffentlicher Trägerschaft bleiben, da eine den öffentlichen Interessen dienende Steuerung erfolgen muss. Öffentliche Trägerschaft und privatwirtschaftliche Kooperation stehen nicht im Widerspruch zu Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Privatisierungen aus ideologischen Gründen lehnen wir ab.

Trotz knapper Finanzen müssen Investitionen, die die Zukunft der Region sichern, getätigt werden.

Um eine dauerhafte Planungssicherheit der Region Hannover zu bewerkstelligen, ist zu untersuchen, inwiefern die so genannte Regionsumlage - unter verlässlicher Berücksichtigung der Sozialausgaben - zu gestalten ist.

Einzelmaßnahmen:

- Die begonnene Haushaltskonsolidierung muss weitergeführt werden, die eigenen Anstrengungen zur Defizitreduzierung müssen verstärkt werden
- Abschluss von mehrjährigen Leistungs- und Zuwendungsvereinbarungen zur besseren Steuerung der Aufgaben
- Schaffung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine marktorientierte Direktvergabe beim öffentlichen Nahverkehr
- Höhere Gewinnabführung bei solventen Tochtergesellschaften an die Region zur Haushaltsentlastung

- Trotz schwieriger Haushaltslage muss die Summe der Beihilfen für Initiativen, Verbände und freie Träger auf dem Stand von 2006 erhalten bleiben
- Realisierung von PPP-Modellen, wenn sie sinnvoll und wirtschaftlich sind

Verwaltungsreform, Personal und Organisation

Mit der Regionsgründung ist der Prozess der Verwaltungsreform in Gang gesetzt worden. Nach dem Abschluss des Zusammenwachsens der Verwaltung wird es in der Wahlperiode 2006-2011 darum gehen, die Effektivität und Bürgerorientierung weiter auszubauen.

Dazu wollen SPD und Grüne den Aufbau und Ablauforganisation der Regionsverwaltung optimieren.

Verwaltungsreform ist ein Prozess, bei dem u.a. teamorientiertes Arbeiten, schlanke Hierarchien und Entscheidungskompetenz im Vordergrund steht.

Für uns ist das Leitbild eines bürgernahen kommunalen Dienstleisters maßgeblich. Daher wollen wir mehr Kundenfreundlichkeit schaffen. Durch die Weiterentwicklung des Gebäude- und Energiemanagements wollen wir darüber hinaus Kosten sparen.

Einzelmaßnahmen:

- Kontinuierliche Fort- und Weiterbildung als wesentliches Element der Personalentwicklung
- Schaffung eines Klimas des Vertrauens, der Stetigkeit und Verlässlichkeit innerhalb der Verwaltung
- Einführung der doppelten Buchführung (Doppik), Einführung eines Produkthaushaltes, aus dem ersichtlich wird, welche Leistungen aus den öffentlichen Geldern finanziert wurden
- Verlässliche Arbeit durch Zielvereinbarungen, Einführung einer dezentralen Ressourcenbewirtschaftung
- Einführung und Ausweitung neuer Arbeitsformen und Arbeitszeitmodelle wie z.B. Telearbeit, gerade für Menschen mit Kindern
- Verstärkte Besetzung von Führungspositionen mit qualifizierten Frauen
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zur besseren Information über die Leistungen und Aufgaben der Region Hannover
- Qualität sichern: Qualitätsmanagementprozesse in der Verwaltung einführen
- Keine betriebsbedingten Kündigungen in der Regionsverwaltung
- Konsequente Anwendung des Gender Mainstreaming
- Einführung eines Beschwerde- und Ideenmanagements
- Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger, Verbänden und Interessengruppen an Entscheidungsprozessen
- Erhalt und Ausbau der dezentralen Beratungs- und Betreuungsangebote vor Ort
- Weiterführung des Energiemanagements: Belohnung von Energiesparen in den Einrichtungen der Region
- Öffentliche Ausschreibung der Energielieferung unter Ausschluss von Atomenergie und mindestens 10% Strom aus regenerativen Energien
- Umweltverträglichkeitskonzepte für Beschaffungsvorgänge
- Fortführung von Modellen des "Einsparcontractings" mit Investoren aus der Energiewirtschaft
- Einführung des Passivhausstandards für alle Neubauten und bezuschusste Bauvorhaben
- Geeignete Dachflächen öffentlicher Gebäude sollen zur Energiegewinnung zur Verfügung gestellt werden

Heinrich Aller, MdL
Vorsitzender SPD-UB Region Hannover

Anne Dalig / Michael Pelke
Vorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover

Bodo Messerschmidt
Vorsitzender SPD Regionsfraktion

Serdar Saris
Vorsitzender Regionsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN